



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Traeger: Schlagwörter als Kampfmittel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

üben; dadurch würde ein nicht unbedenklicher Druck auf die übrigen Volksvertreter geübt, der leicht zur Einschüchterung weniger mutiger Elemente führen könne, eventuell sei sogar zu befürchten, daß die Regierung so viel Abgeordnete verhafte, bis sie der Regierungspartei zur Majorität verholfen oder das Haus beschlußunfähig gemacht habe. (Vgl. nach der Richtung noch Stenographischer Bericht Reichstag 1875—1878, Band I, S. 485, 488, 489.)

Von solchen Erwägungen sind wir heute weiter denn je entfernt; heute ist der Grund der Abgeordnetenimmunität der, der Abgeordnete solle durch eine Untersuchung oder Verhaftung nicht der Ausübung seines für die Gesamtheit so wichtigen parlamentarischen Berufes entzogen werden. Unter diesem Gesichtspunkt aber ist das Recht des Reichstages auf Erteilung oder Verweigerung der Genehmigung zur Einleitung von Verfolgung oder Verhaftung und der Forderung auf Aufhebung einer bereits eingetretenen Verfolgung oder Haft bei jeder Art von Verfolgung oder Haft, nicht nur bei denen des reinen Strafverfahrens, gerechtfertigt.



Schlagwörter als Kampfmittel

Von Geh. Rat Professor Traeger



pidemien gleich verbreiten sich zu gewissen Zeiten Schlagwörter, die, auf Phantasie und Gefühl der Menschen wirkend, bald die tyrannische Macht von Glaubenssätzen gewinnen und jede vernünftige Erörterung und Erwägung ausschließen. Ein Schlagwort solcher Art, an das freilich auch seine Urheber wie an ein Evangelium glaubten, war in der großen französischen Revolution „Freiheit und Gleichheit“, woneben die „Brüderlichkeit“ nur eine Aschenbrödelrolle spielte. Unklar und unbestimmt wie diese miteinander unvereinbaren Begriffe sind — denn wo Freiheit ist, kann infolge der natürlichen Ungleichheit der Menschen keine Gleichheit sein, wenn darunter mehr als die bloße Gleichheit vor dem Gesetze verstanden werden soll, und umgekehrt: wo Gleichheit erstrebt wird, keine Freiheit — haben sie gerade wegen ihrer Unbestimmtheit, die sich jeder nach Herzenswunsch formen kann, eine ungeheuere Wirkung auf die Menschen ausgeübt und diese zu heroischen gleichwie zu verbrecherischen Taten hingerissen. Und noch heute bilden sie im Munde von Demagogen ein nie versagendes Mittel, Volksmassen zu gewinnen und zu betören.

Schlagwörter zu erfinden und sie durch ständige Wiederholung den Gehirnen der Menge gleichsam einzuhammern, ist ein unleugbares Geschick unserer Gegner, vor allem der Angelsachsen. Hohe Staatsbeamte nicht minder wie die Männer der Feder, ja selbst Kanzelredner wetteifern in dieser Kunst, die sie bislang schon in den vielen Wahlkämpfen, wie sie Demokratien eigen sind, geübt haben, wo kein Erfolg versprechendes Mittel, und sei es noch so verwerflich, verschmäht zu werden pflegt. So besitzen sie ein weit besseres Verständnis dafür, wie Menschen zu beeinflussen sind, als wir es haben. Sie wissen, daß auf die Massen nichts eindringlicher wirkt als die nackte Behauptung, die nur unermüdtlich wiederholt zu werden braucht, um bald den Charakter der Selbstverständlichkeit und unanfechtbaren Wahrheit anzunehmen.

Diese Überlegenheit in demagogischen Praktiken haben unsere Gegner auf der ganzen Erdkugel weidlich ausgenutzt, vor keiner Verleumdung dabei zurückschreckend. „Barbaren und Hunnen“, „Kampf für Freiheit und Zivilisation der Welt“, „Kampf für die Rechte der kleinen Nationen“, „die Freiheit der Welt bedrohender preußischer Militarismus“ sind einige von den vielen der Wahrheit ins Gesicht schlagenden Schlagwörtern, die in Wort und Schrift immerfort wiederkehren. Was hilft der statistische Nachweis, daß der Militarismus unserer Gegner nicht geringer war als der unserige, daß sogar Frankreichs und Rußlands Rüstungen in dem letzten Jahrzehnt vor dem Kriege weit größere Summen verschlungen haben als die Rüstungen Deutschlands und Österreichs-Ungarns? Was hilft der Hinweis auf die unglückselige geographische Lage Deutschlands zwischen zwei mächtigen, feindselig gesinnten Nachbarn, die uns zu ständiger Abwehrbereitschaft zwingt? Der preußisch-deutsche Militarismus, und nur er, ist und bleibt „der natürliche Feind der Menschheit“.

Zwar hat, wie der mutige Wahrheitsbekenner G. D. Morel in seinem Buche „Truth and War“ schildert, selbst ein Lloyd George, der heute seinen Landsleuten vorredet, Deutschlands Rüstungen seien erfolgt, Europa zu unterwerfen, im Jahre 1908 an dieselben Volksgenossen die Frage gerichtet: „Könnt Ihr denn nicht verstehen, wie sehr Deutschland im Recht ist mit seiner Furcht? Wenn Ihr in derselben Lage wäret wie Deutschland, mit Rußland auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite, und mit beiden als Feinden im Falle eines europäischen Krieges, würdet Ihr Euch nicht ebenso waffnen, nicht ebenso Schiffe bauen?“

Und gleich treffend schildert Marcel Sembat in seinem Buche „Faites un Roi, sinon faites la Paix“ die Deutschland von Rußland drohende Gefahr: „Der Deutsche ist aufgewachsen im Schatten dieser Drohung, eine furchtbare Lawine schwebt über seinem Haupt; jeden Augenblick kann sie sich loslösen und auf ihn niedergehen; eine Lawine von barbarischen und brutalen Massen, von Wilden ohne Zahl, drohend seinen Boden zu überschwemmen, seine Kultur und seine Gesellschaft zu verschlingen.“

Sedoch alle diese für uns sprechenden Tatsachen und viele andere mehr haben nichts an der Wirkung jener Phrase von dem „die Freiheit der Welt bedrohenden preußischen Militarismus“ zu ändern vermocht, einer Phrase, die, gleich den übrigen von unseren Gegnern in die Welt gesetzten, selbst von vielen Neutralen gläubig hingenommen wird.

Als neues Schlagwort ist nunmehr die hohle Redensart „Demokratie gegen Autokratie“ aufgetaucht. Die großen wirtschaftlichen, politischen und Rassen-Gegensätze, die in diesem furchtbaren Kriege aufeinanderprallen, mit Vorbedacht nicht beachtend, stellt der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika es in seiner Kriegsbotschaft an den Kongreß so hin, als sei der ganze Gegensatz in diesem Europa dem Abgrunde zuführenden Ringen in dem Gegensatze zwischen Demokratie und Autokratie, das soll heißen: zwischen dem guten und dem bösen Prinzip begründet. Die Autokratie, die unumschränkte Herrschaft des Monarchen, wie sie angeblich in dem doch konstitutionellen Deutschland und Österreich-Ungarn bestehen soll, bedeutet nach Wilson Weltmachtsstreben und somit in alle Zukunft Krieg. Die Demokratie, die Volksherrschaft, von unseren Gegnern und zwar nunmehr auch von Rußland vertreten, bedeutet Freiheit und Gleichheit für die Staatsbürger und dauernden Frieden für die ganze Welt. „Die Welt muß“, wie Wilson sagt, „für die Demokratie sicher gemacht werden. Der Weltfrieden muß auf die erprobte Grundlage der Freiheit gepflanzt werden.“

Von jeher ist den Anhängern demokratischer Staatswesen in hohem Maße Unduldsamkeit gegen andere Staatsformen eigen gewesen. Die demokratische Staatsform für die alleinseligmachende haltend, sehen sie — meist noch in einem Zerrbilde — nur die Mängel anderer Staatsformen, ohne der Unzuträglichkeiten der eigenen bewußt zu werden.

Das stolze Bild von einem freien Volke, das sich selbst regiert, ist freilich einschmeichelnd und verlockend, um so mehr, wenn ihm das düstere Gemälde eines despotisch regierten Volkes gegenübergestellt wird. Aber die Wirklichkeit ist anders wie diese der Phantasie entlehnten Bilder. Das freie, sich selbst regierende, nur eigenem Willen gehorchende Volk existiert ebensowenig wie heute im konstitutionellen Staate der Despot. Indem man in der Demokratie fälschlich die Mehrheit für das Ganze nimmt, bleibt unbeachtet, daß diese Herrschaft der Hälfte + 1 die Minderheit gerade so bevorzugen und bedrücken kann wie das ärgste Regiment eines absoluten Herrschers. Despotischer und grausamer hat nie ein Tyrann regiert als der Konvent der großen Revolution und die Pariser Kommune. Und meist ist es nicht mal die Mehrheit des Volkes, die dem Ganzen ihren Willen vorschreibt, sondern eine Gruppe von wenigen die Masse beeinflussenden herrschsüchtigen oder heutigetierigen Personen, die zum Schaden der Allgemeinheit wirkt. So gelüstet es denn auch keinen einsichtigen Deutschen nach den „freiheitlichen“ Zuständen des vertrusteten, völlig unter der Herrschaft des Kapitalismus stehenden Nordamerikas. Noch unlängst hat ein

hervorragender Kenner und Beurteiler amerikanischen Wesens, Ostrogorski, ein geradezu abschreckendes Bild von amerikanischen Männern und Einrichtungen entworfen. Senat und Repräsentantenhaus, beide durch das Parteiwesen verderbt, bezeichnet er als Brutstätten politischer Laster. Und selbst ein Bewunderer der Einrichtungen seines Landes, wie der Amerikaner William Milligan Sloane*), berichtet von so viel abstoßenden Zügen aus der Interessenwirtschaft der nationalen, staatlichen und städtischen Politik, daß niemand sich nach einer Übertragung amerikanischer Einrichtungen auf unser Land sehnen wird.

Über Frankreichs demokratische Einrichtungen hat uns Wilson selbst in seinem Werke „Der Staat“ Auskunft gegeben, wonach „Frankreich unter der unerträglichsten aller Regierungsformen, unter einer von einer Massenversammlung geleiteten Regierung — unter der Regierung durch eine zusammenhangslose, auf Volksgunst beruhende Volksvertretung seufzt“**).

Alein selbst wenn das Bild, wie es in der Phantasie der Demokraten lebt, der Wirklichkeit näher käme als es in Wahrheit der Fall ist, welche ungeheuerliche Anmaßung und Überhebung liegt doch darin, daß das Oberhaupt eines fremden Staates einem alten europäischen Kulturvolke eine Staatsform aufzwingen will, und gar das Oberhaupt des Staates, der auf Grund seiner Monroe-Doktrin jede Einmischung Europas in irgendwelche Angelegenheiten eines amerikanischen Staates für unzulässig erklärt!

In diesem heuchlerischen Vorgehen, das deutsche Volk mit einer freien und gerechten Verfassung zu beglücken, ist in Wahrheit nichts anderes zu erblicken wie ein listiger Versuch, durch Erregung von Zwietracht zwischen Fürst und Volk Deutschland in innere Kämpfe zu verstricken, damit es um so leichter dem Angelsachsentum zur Beute falle.

Aber nicht nur um des Wohles des deutschen Volkes willen soll die „Autokratie“ der Hohenzollern gestürzt und die Demokratie in Deutschland errichtet werden, vielmehr soll dies auch zum Heile der ganzen Welt, auf daß dauernder Friede herrsche, geschehen. „Die Welt muß für die Demokratie sicher gemacht werden, der Weltfrieden muß auf die erprobte Grundlage der Freiheit gepflanzt werden.“

Ward je eine plumpere Lüge erfunden? je die Wahrheit frecher und gröber entstellt? Auf welcher Seite der kriegführenden Staaten find denn die gewaltigen Weltimperien, die ewig unersättlichen, immerfort nach weiterer Ausdehnung ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht strebenden?

Hat nicht selbst die demokratische Union trotz ihrer ungeheuren Territorien noch im Jahre 1898 Spanien in einem arglistig vom Zaune gebrochenen Kriege seines letzten Kolonialbesizes beraubt, nachdem es vorher den Vorschlag

*) Die Parteiherrschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika, ihre Entwicklung und ihr Stand, 1918.

**) Woodrow Wilson, Der Staat. Elemente historischer und praktischer Politik. In deutscher Ausgabe 1918 erschienen und mit einem Geleitwort von ihm versehen. (Seite 208.)

Spaniens auf schiedsgerichtliche Austragung des weder Ehre noch Lebensinteresse berührenden Streitpunktes grundlos abgelehnt hatte?

Hat nicht die Republik Frankreich nach dem Deutsch-Französischen Kriege sich ein gewaltiges afrikanisches Reich, ein zweites Frankreich in vielen kriegerischen Eroberungszügen geschaffen?

Und nun gar das demokratische England, das ein Fünftel des Festlandes der Erde sein eigen nennt und alle Meere der Erdkugel beherrscht! In endlosen Kriegen — der englische Geschichtsforscher Seeley zählt allein in dem Zeitabschnitt zwischen der Revolution von 1688 und der Schlacht von Belle Alliance vierundsechzig Kriegsjahre — ward Teil um Teil dieses größten Weltreichs aller Zeiten erobert, zuletzt noch vermehrt durch den Raubzug gegen die Burenrepubliken.

Klingt es nicht wie ein Hohn auf die Urteilslosigkeit der Zeitgenossen, wenn mit frecher Stirn diese ländergierigen und eroberungsfüchtigen Demokratien als die Horten des Friedens bezeichnet werden?

Ein Hort des Friedens war von jeher das deutsche Volk. Nachdem es seine langersehnte Einheit wieder errungen, hat es — von der Niederwerfung einiger aufständischen afrikanischen Stämme und der Boxerbewegung in China abgesehen — in mehr als vierzig Jahren keine Kriege mehr geführt, obgleich es oft genug von übermütigen Nachbarn gereizt wurde und obgleich es seine jetzigen Hauptfeinde leicht getrennt hätte schlagen können: im Jahre 1887 Frankreich, im Jahre 1898 im Bunde mit Frankreich und Rußland England während des Burenkrieges und im Jahre 1904 Rußland während des russisch-japanischen Krieges. Aber diese günstigen Gelegenheiten ließ es, von tiefer Friedensliebe erfüllt, ungenutzt vorübergehen.

Allein trotzdem sich all dies so und nicht anders verhält: das Schlagwort von dem Kampfe der Demokratie gegen die Autokratie als dem Kampfe der den Weltfrieden sichernden Staaten mit den nach Weltmacht strebenden wird seine Runde um die Welt machen und überall Gläubige finden und gewinnen. Denn keine Behauptung ist so grund- und haltlos, so widersinnig, daß sie nicht, wenn unermüdlich wiederholt und wie etwas Selbstverständliches vorgetragen, schließlich als wahr hingenommen wird. So lähmend wirken diese immer wiederholten Schlagwörter auf die Urteilskraft, daß es selbst für die, gegen die sie sich richten, mitunter der Selbstbesinnung bedarf, um nicht ihrem Einfluß zu erliegen.

